FDP-***Landtagsfraktion*** Schleswig-Holstein

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 486 / 2012

Kiel, Mittwoch, 12. Dezember 2012

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Christopher Vogt, *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, *MdL*
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Schulpolitik

Anita Klahn: Landesregierung darf den Elternwillen nicht länger missachten

In ihrer Rede zu **TOP 17** (Elternwillen in der Schulpolitik beachten) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Eltern, Lehrer und Schüler sehen die Notwendigkeit einer erneuten Schulgesetzänderung nicht. Mir ist keine Umfrage bekannt, in der sich eine Mehrheit der Eltern für G8 an Gymnasien ausspricht. Der Landeselternbeirat der Grundschulen weist explizit darauf hin, dass über Zweidrittel aller Grundschuleltern G9 als gymnasiales Angebot wünschen. Landesjugendring, Kinderschutzbund, Feuerwehren und viele weitere Vereine und Verbände kritisieren G8."

Politik müsse sich daran ausrichten, was das Beste für die Kinder sei, so Klahn weiter. Elternwille und Wahlfreiheit müssten beachtet werden. Die bildungspolitischen Forderungen der FDP-Landtagsfraktion seien deshalb klar:

„Erstens müssen Gemeinschaftsschulen auch künftig selbst entscheiden dürfen, ob sie den Neigungen der Schüler entsprechend Unterricht in differenzierten Lerngruppen bis hin zu abschlussbezogenen Klassenverbänden anbieten können. Zweitens müssen die Gymnasien darüber entscheiden können, ob sie das Abitur in acht oder neun Jahren anbieten wollen, oder alternativ das Y-Modell.

Die Landesregierung muss ihren ideologischen Ballast abwerfen und sich auf die Fakten konzentrieren. Wenn der Anteil von G8-Schülern, die sitzengeblieben sind, im Vergleich zu ebenfalls sitzengebliebenen G9-Schülern doppelt so hoch ist, dann dürfen wir das nicht einfach ignorieren. Die Pläne der Landesregierung über das Ende der Wahlfreiheit, die Missachtung des Elternwillens und die Beschränkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen kann man nur als Schulunfreiheitsgesetz bezeichnen.

Viele Bundesländer nehmen sich unsere Reformen zum Vorbild und führen G9 wieder an Gymnasien ein. Ich appelliere an die Regierungsparteien: Führen Sie nicht nur einen Pseudodialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, geben Sie den Menschen stattdessen echte Wahlfreiheit, echte Entscheidungsmöglichkeiten.

Die schwarz-gelbe Schulreform hat die Gemeinschaftsschulen nicht benachteiligt. Uns war es wichtig, dass sich alle Schulen nach ihren Vorstellungen weiterentwickeln und ihr pädagogisches Konzept umsetzen können. Mit unserer Gesetzgebung haben wir für einen gerechten Ausgleich der Rahmenbedingungen gesorgt und langfristigen Schulfrieden geschaffen."

Susann Wilke, *Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: http://www.fdp-sh.de*

www.fdp-sh.de